

20.07.2018

Berliner Grüne und Linke wollen Reform des Abstammungsrechts Staatliche Diskriminierung von lesbischen Co-Müttern beenden

Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) hat in den vergangenen Wochen Rückmeldung von den Koalitionsfraktionen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus zum Thema Abstammungsrecht erhalten.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE haben erklärt, dass sie sich für eine rechtlichen Anerkennung und Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien durch eine Modernisierung des Abstammungsrechts einsetzen wollen. Den vom Lesben- und Schwulenverband vorgeschlagenen Weg einer Bundesratsinitiative zum Thema wollen sie nach der parlamentarischen Sommerpause mit dem Koalitionspartner SPD erörtern. Die Berliner SPD-Fraktion hat sich ebenfalls zurückgemeldet, jedoch inhaltlich und verfahrenstechnisch uneindeutig.

Hintergrund:

Wird ein Kind in eine Ehe von zwei Frauen geboren, so ist die Co-Mutter nicht von Anfang an auch rechtlich die Mutter. Eine Mutterschaftsanerkennung vergleichbar zur Vaterschaftsanerkennung gibt es nicht – trotz EHE FÜR ALLE. Stattdessen ist weiterhin eine langwierige Stiefkindadoption erforderlich.

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de